

Liebe Leser dieser mail,

der sympathische Herr Kreutzer hat sich meinen Artikel zur sozialen Gerechtigkeit vorgenommen und nach seinen Maßstäben analysiert. Er kommt zu einem vernichtenden Urteil. Ich habe seine Kommentare gelesen. Manche seiner Vorwürfe werden jedoch weder durch Wiederholung, noch durch wütende Polemik wahr, vor allem, wenn Vorwürfe zu Argumenten gemacht werden, die nicht meine Argumente sind. (z.B. Erbschaftssteuer)

Meine Argumentation bezieht sich auf die Einkommenssteuer, nicht auf andere Steuerarten. Nach Durchsicht der Argumentation von Herrn Kreutzer entsteht der Eindruck, als würde die Mehrwertsteuer von den „Reichen“ nicht bezahlt. Das ist mir neu.

Mein freundlicher Kritiker meint u. a.: „Wie wird man denn Bestverdiener? Wie erwirbt man in wenigen Jahren ein Multi-Millionen- oder gar Milliarden-Vermögen? Nicht durch eigene Leistung. Ausschließlich dadurch, dass man günstige Konstellationen rücksichtslos ausnutzt. Wie weit dieses rücksichtslose Ausnutzen im Rahmen der jeweils geltenden Gesetze bleibt - und wie viel davon in die Grauzone der Illegalität hineinragt, ist kaum herauszufinden. Aber dass ein privates Vermögen von mehr als 1 Milliarde Euro nicht zustande gekommen wäre, wenn der Vermögende stets fair gehandelt, niemanden übervorteilt, also tatsächlich gerecht gewesen wäre, steht für mich völlig außer Zweifel.“

Na also! Jetzt weiß ich Bescheid, Vermögen zu erwirtschaften gelingt ausschließlich durch Unfairness, Übervorteilung und Ungerechtigkeit. Welch eine wahre Erkenntnis. Leider hat der Autor vergessen, seine Quellen dafür anzugeben. Die würden mich sehr interessieren. Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: die Kritik richtet sich nicht gegen meine Argumentation, sondern gegen Menschen, die mehr als eine Milliarde privates Vermögen besitzen. Mir ging es geht aber um diejenigen, die als Ledige mehr als 250.000,00 Euro Jahreseinkommen erhalten, oder um all diejenigen, die mehr als 40 Prozent der Einkommensteuer bezahlen. Offensichtlich hat der Kritiker meinen Artikel nicht richtig gelesen.

Es ist weiterhin so, dass die Einkommenssteuer bisher unwidersprochen nach einer FAZ Untersuchung aus dem Jahre 2004 und auch in späteren Artikeln von Spiegel, Welt, nach Zahlenmaterial des statistischen Bundesamtes etc. folgendermaßen gezahlt wird: zehn Prozent der „Bestverdiener“ zahlen 50 Prozent des Einkommensteueraufkommens, 50 Prozent der „Bestverdiener“ zahlen 91,2 Prozent der Einkommenssteuer. Das beißt die Maus keinen Faden ab

In der Pressemitteilung Nr 38 vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung vom 2. März 2005 hieß es: „Es ist der Bundesregierung gelungen, geringe Einkommen durch die Absenkung des Eingangssteuersatzes von 25,9 Prozent (1998) auf 15 Prozent (2005) bei gleichzeitiger Anhebung des Grundfreibetrags von 6.322 Euro (1998) auf 7.664 Euro (ab 2004) deutlich zu entlasten. Gleichzeitig wurde die Bemessungsgrundlage für Reiche verbreitert. Spitzenverdiener haben nicht mehr die Möglichkeit, sich durch Steuersparmodelle »arm« zu rechnen. Einkommensmillionäre, die keine Steuern zahlen, kommen praktisch nicht mehr vor. Damit wurde sichergestellt, dass die leistungsstarken Haushalte einen höheren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten.“ Wenn dem so ist, dann kann eine Reichensteuer nicht mehr gerecht sein.

Selbst der Arbeitskreis Steuerschätzung hat bekannt gegeben, dass die Gewerbesteuer 2005 um mehr als 9 Prozent auf 31,9 Mrd. Euro ansteigt. Die Steuereinnahmen insgesamt steigen von 442,8 MRD Euro im Jahre 2004 auf schätzungsweise 447,9 Mrd. Euro im Jahre 2005 und 457,4 Mrd. Euro im Jahre 2006. Auch im Bereich der Lohnsteuer erwarten die Schätzer rund 600 Millionen Euro Mehreinnahmen im Jahre 2006.

So zu tun, als würden die Reichen die Armen immer und jederzeit ausbeuten, und es müssten eklatante Missstände in der Besteuerung endlich beseitigt

werden, gaukelt eine Ungerechtigkeit vor, die es tatsächlich so nicht gibt. Aber wie meinte schon Platon: „Die schlimmste Art von Ungerechtigkeit ist die vorgespilte Gerechtigkeit“. Und auch der eher liberale Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek kommentierte die Sehnsucht nach stärkerer Besteuerung der „Bestverdiener“ mit: „Die Forderung nach Gleichheit läuft darauf hinaus, den Reichen möglichst viel wegzunehmen. Wenn dann der Raub verteilt ist, stellt man fest, dass es nicht mehr Gleichheit gibt, sondern insgesamt weniger Wohlstand gibt.“

Wer genau hinschaut, wird entdecken, dass selbst ein Sozialhilfeempfänger heute einen deutlich höheren Lebensstandard pflegen kann als ein gut verdienender Facharbeiter in den fünfziger Jahren. Daran haben, auch wenn es manchem Ideologen nicht gefällt, die Reichen einen großen Anteil, denn alle Bürger mit einem Einkommen von mehr als 85.400 Euro im Jahr (das sind etwa fünf Prozent der Einkommenssteuerzahler) zahlen mehr als 40 Prozent der Einkommensteuer, während die gesamte untere Hälfte der Einkommensbezieher gerade einmal 8,3 Prozent zum Einkommensteueraufkommen beiträgt. Das mag einem gefallen oder nicht, es ist eine Tatsache. Tatsache ist auch, dass der Zuzug von rund 100 Millionären in die Bundesrepublik die Anzahl der Armen erhöhen würde, weil Armut bei uns nach Durchschnittswerten berechnet wird.

Stehe ich mit meiner Kritik an der Reichensteuer allein? Mitnichten. Was sagt der eher dem linken Meinungsspektrum zugerechnete Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel dazu? Er bemängelt, dass die Reichensteuer einen reinen Placebo-Effekt habe. Und der Präsident des Bundes der Steuerzahler Karl Heinz Däke sieht bei der Umsetzung der Reichensteuer erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Für ihn stößt die Ergänzungsabgabe auf finanzverfassungsrechtliche Barrieren, da der Gesetzgeber mit dem Solidaritätszuschlag bereits die Möglichkeit der Erhebung einer Ergänzungsabgabe wahrgenommen hat. Außerdem gibt es verfassungsrechtliche Grenzen für die Spreizung des Steuersatzes für unternehmerische und nicht unternehmerische Einkünfte. Selbst der Chef des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Gustav Horn, sprach von einer symbolischen Politik.

Bodo Ramelow (Linkspartei.PDS) spricht von einem "Gerechtigkeits-Placebo": "Ganze 1,2 Milliarden soll die Reichensteuer die Bestverdienenden kosten, während jeder Prozentpunkt einer höheren Mehrwertsteuer vor allem Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Geringverdiener mit etwa 8 Milliarden Euro belastet."

Sogar der Wirtschaftsweise Bert Rürup hat den Steuerzuschlag in der Zeitung "Die Welt" als reine Symbolpolitik ohne ökonomischen Sinn und mit bescheidenem fiskalischem Effekt bezeichnet.

Derzeit prüft die FDP eine Verfassungsklage gegen die Reichensteuer. Die FDP sieht hier eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung privater und gewerblicher Einkommen. Um es deutlich zu sagen: es geht nicht um zwei oder drei Millionäre. Laut Stern sind etwa 60.000 Menschen nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes davon betroffen.

Herr Kreutzer richtet seine Kritik auch an die Vermögenssteuer, über die ich bisher keinen Ton gesagt habe. Aber auch dazu kann ich gern etwas beitragen. Das Bundesfinanzministerium hat eine Erhebung vorgenommen. Danach wird nur in acht der dreißig wichtigsten Industrienationen eine Vermögenssteuer erhoben. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien ist solch eine Steuer sogar gänzlich unbekannt. Gern gebe ich zu, dass die Erhebung des Bundesfinanzministeriums schon zwei Jahre alt ist. In der Zwischenzeit ist die Vermögenssteuer international nämlich weiter auf dem Rückzug. Ende Oktober 2005 nahm Frankreich der Vermögenssteuer die Schärfe. Mitte Oktober letzten Jahres schlug Luxembourgs Budgetminister vor, die Vermögenssteuer im Januar 2006 abzuschaffen und dafür eine Abgeltungssteuer für Privathaushalte einzuführen. In Finnland wurde im letzten Jahr entschieden, die Einkommenssteuer zu senken und die Vermögenssteuer ganz abzuschaffen. In Norwegen gibt es eine Vermögenssteuer. Sie soll in diesem Jahr um die Hälfte gesenkt werden. Und schon im Jahre 2004 haben die Schweden für das Jahr 2005 entschieden, die Erbschafts- und Schenkungssteuer

komplett abzuschaffen und die Vermögenssteuer zu senken. Und es ist wie es ist: Das Bundesverfassungsgericht hat die Vermögenssteuer in ihrer damaligen Form als verfassungswidrig definiert. Dass sie abgeschafft wurde, war nur verfassungskonform. Sie wieder einzuführen ist verfassungswidrig. Herr Kreutzer würde wohl meinen: „Leider.“

Ich habe nichts gegen die Vorschläge von Herrn Kreutzer. Das Einzige, was dafür notwendig ist, ist eine völlig andere, gänzlich neue Verfassung. Mal schauen, ob er dafür Mehrheiten gewinnt.

Es gibt sicher zwei unterschiedliche Staatsverständnisse. A, Smith vertrat die Idee, dass ein Staat dazu da sein, den Schaden vom Volk abzuwenden, während sein Gegenspieler die These vertrat, dass der Staat das Wohl des Volkes zu mehren hatte. Karl Marx hat die Idee von Rousseau übernommen, und mit ihm alle bundesdeutschen Parteien exclusive der FDP. Die für unsere Zukunft wichtige Frage ist, welche Staatsidee wohl langfristig finanzierbar sein wird. Da jeder Mensch sein Wohl anders definiert, ist bei einer Staatsidee der „Wohlmehrung“ der Lobbyismus die wichtigste und staatsruinierende „Tugend“. Daher fordere ich nicht, wie mir vorgeworfen wird, „Höchsteinkommen“ zu schonen, denn sie werden nicht geschont, wie die Zahlenbeispiele deutlich zeigen, sie werden schon heute mehr belastet als alle anderen Einkommenssteuerzahler. Wie sagte Bernhard Shaw? „Die Menschen sind nur bereit für Dinge zu sterben, die ihnen zureichend unklar sind.“

Zu Ihrer Information beide Ursprungsartikel och einmal im Wortlaut.

Mit herzlichem Gruß  
Ihr Ulf D. Posé